

Schweiz

13:46 -- Tages-Anzeiger Online

Referendum gegen verschärftes Asylgesetz

Zum Schluss der Asyldebatte hat der Nationalrat auch einer Verschärfung der Zwangsmassnahmen und einer verlängerten Beugehaft zugestimmt. Die Bürgerlichen setzten sich damit gegen SP und Grüne durch, die nun das Referendum ergreifen werden.

Der Nationalrat will illegale Ausländer durch längere Haftstrafen zur Ausreise bewegen. Er hat zum Schluss der Asyldebatte auch die Zwangsmassnahmen verschärft und einer umstrittenen Form von Beugehaft zugestimmt. Die Linke sprach von einem Rückfall ins Mittelalter und wird das Referendum ergreifen.

Der Nationalrat blieb heute seinem Kurs vom Vorabend treu und zog auch bei den Zwangsmassnahmen gegen illegale Ausländer die Schraube an. Er hinterliess schliesslich eine Vorlage, in die bis auf wenige Ausnahmen alle Verschärfungsanträge aus Bundesrat und Ständerat aufgenommen wurden. «Die ganze harte Linie ist durchgekommen», bilanzierte Cecile Bühlmann (Grüne/LU) konsterniert. Nach dieser Beratung müssten die Grünen zusammen mit Kirchen und Hilfswerken das Referendum ergreifen. Unterstützung wird auch von der SP kommen, welche die Asylgesetzrevision als unmenschlich, wirkungslos und heuchlerisch bezeichnete.

Konstante Mehrheiten bei den Bürgerlichen

Mit konstanten Mehrheiten aus SVP, FDP und Teilen der CVP verdoppelte der Rat die Dauer der Vorbereitungshaft auf sechs Monate und jene der Ausschaffungshaft auf 18 Monate. Wie der Ständerat ergänzte er diese Haftkaskade dann noch um eine so genannte Durchsetzungshaft, mit der Bundesrat Christoph Blocher im Bundesrat noch gescheitert war: Wenn ein illegal Anwesender durch sein persönliches Verhalten die Ausreise blockiert, kann er maximal 18 Monate in Haft genommen werden. Die Haftmöglichkeiten sind indes nicht kumulativ. Unter dem Strich sind maximal zwei Jahre Haft möglich, für 15- bis 18-Jährige gilt eine Limite von einem Jahr.

«Es geht darum, die kleine Gruppe der renitenten Personen dazu zu zwingen, das Land zu verlassen», begründete Kurt Fluri (FDP/SO) den verschärften Kurs. Damit werde im Ausland klar signalisiert, was Illegale in der Schweiz erwarte, fügte Ernst Schibli (SVP/ZH) bei. SP und Grüne bezweifelten indes, dass längere Strafen die Leute zur Ausreise bewegten. Weitere Verschärfungen brächten nichts ausser höhere Haftkosten, sagte Bea Heim (SP/SO). Vreni Hubmann (SP/ZH) sprach von einem Rückfall ins Mittelalter. Bundesrat Christoph Blocher sagte hingegen, die Leute an der Front seien darauf angewiesen, als letztes Mittel auch scharfe Haftstrafen anwenden zu können.

Neu nahm der Rat die Möglichkeit auf, illegal anwesende Ausländer kurzfristig festzuhalten und Rayonverbote zu verhängen. Durchgesetzt hat sich die Ratslinke nur in einer Abstimmung: Vorläufig Aufgenommene sollen nach fünf Jahren das Recht auf eine vertiefte Prüfung ihrer Aufenthaltsgesuche erhalten. Überdies erweiterte die Grosse Kammer die Kompetenzen der Einzelrichter und hielt fest, dass zur Wegweisung auch Angaben über strafrechtliche Verfahren an ausländische Behörden weitergegeben werden können.

Bereits gestern wurden Verschärfungen beschlossen

Die übrigen grossen Brocken hatte der Nationalrat bereits am gestern beraten. Er dehnte den Fürsorgestopp auf sämtliche abgelehnten Asylbewerber aus, strich die humanitäre Aufnahme und verlangte von Gesuchstellern in der Regel Reisepapiere innert 48 Stunden. Anders als der Ständerat lehnte er es aber ab, Nothilfeleistungen bei mangelnder Kooperation einzustellen oder einzuschränken. Die Vorlage geht nun wieder in den Ständerat.

Die verbliebenen drei Differenzen dürften rasch ausgeräumt werden. Nachdem der Nationalrat auf das Bundesgericht gehört hatte, dass der Entzug der Nothilfe verfassungswidrig sei, dürfte der Ständerat nachgeben. Der Nationalrat lehnte auch den bundesrätlichen Vorschlag ab, dass Nothilfe nur gewährt wird, wenn eine Notlage glaubhaft gemacht werden kann.